



**CDU** WICKEDE (RUHR)

## Haushaltsrede 2016

**Thomas Fabri**  
**Vorsitzender der Fraktion**

Zum Ostefeld 3  
58739 Wickede (Ruhr)

Telefon: 0 23 77 - 91 92 0

E-Mail: [post@thomas-fabri.de](mailto:post@thomas-fabri.de)

Wickede (Ruhr), 3. Dezember 2015

Sehr geehrter Damen und Herren,

nachfolgend überreiche ich Ihnen die Haushaltsrede der Wickeder CDU-Fraktion als Schriftstück zum mündlichen Vortrag im Rahmen der Ratssitzung am Donnerstag, dem 3. Dezember 2015.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Fabri

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,  
verehrte Bürgerinnen und Bürger,

Wickede (Ruhr) ist unsere Heimat. Parteiübergreifend sitzen wir allesamt hier im Gemeinderat und möchten für uns und unsere Mitbürger ein gutes Lebensumfeld hier vor Ort gestalten. Auch wenn die Entscheidungsfindung nicht immer ganz einfach ist und viele Beratungen, Diskussionen und Recherchen vorausgehen, machen wir unsere Arbeit gerne, sonst säßen wir sicherlich alle nicht hier. Für mich ganz persönlich sehe ich es auch als meinen Beitrag an die Gesellschaft, mich **ehrenamtlich zu engagieren**. Und so möchte ich an dieser Stelle auch allen Menschen in unserer Gemeinde Dank sagen, die sich im Ehrenamt einsetzen – von der Feuerwehr über Sport- und Vereinsmitglieder bis hin zu den Politikern und vielen stillen Helfern, ohne die unser Wickede (Ruhr) nicht das wäre was es ist: unsere lebenswerte Heimat.

Wir haben als CDU-Fraktion in den letzten Jahren **erfolgreiche Anträge** auf den Weg gebracht, wie z. B. zur Verbesserung der Internetversorgung, die Vermarktung des Baugebietes Chaussee West oder zur Einführung des Baulückenkatasters. Nachdem wir im letzten Jahr hartnäckig für die Seniorenförderung gekämpft haben, freuen wir uns, dass nun kürzlich auch das neue Seniorenforum seine ersten Schritte getan hat. Eben weil uns ein gutes Zusammenleben hier vor Ort wichtig ist, werden wir auch weiterhin kreative politische Ausrichtungen erarbeiten, um **Wickedes Zukunft positiv zu gestalten**.

Es stimmt uns allerdings sehr besorgt, wenn wir mit der aktuellen Finanzsituation unserer Kommune konfrontiert werden. Mir ist nicht bekannt, dass Wickede (Ruhr) jemals eine angespanntere Finanzlage hatte. Für den geplanten Haushalt 2016 überwiegen die Aufwendungen den Erträgen und es ergibt sich ein **Fehlbetrag von rund 1,0 Mio. Euro**. Gleichzeitig **verringert sich unser Eigenkapital** und unser **Schuldenstand steigt**.

Nun wird uns von höheren Ebenen auferlegt, im Bereich der **freiwilligen Leistungen zu sparen**. Ich frage mich, wo bitte sollen wir noch sparen. Die Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand, weil sie eben alle dies nicht mehr zu beantworten wissen. Wir in Wickede (Ruhr) haben weitestgehend alles zurückgefahren und unterhalten **lediglich Produkte, die einen Ort im Grundbedürfnis ausmachen**. Wir haben keine Prunkbauten oder Luxus-Projekte auf dem Rücken der Steuerzahler zu verantworten. Es sind unabdingbare Gebäude und Ausgaben, die einen lebens- und lebenswerten Wohnort mit einer soliden Vereinsstruktur ausmachen. Und dennoch werden wir, wenn es so weitergeht, innerhalb der nächsten Jahre unsere Rücklagen

bzw. unser Eigenkapital aufgebraucht haben, um lediglich die Unterhaltungskosten für ein bodenständiges Gemeindeleben finanzieren zu können. Wenn das Freibad oder die Bücherei oder auch eine Schule geschlossen werden, können wir sicherlich weiter sparen. Aber welchen **Effekt hat dies auf die Lebensqualität eines Ortes?!** Wenn wir als kleine, ländliche Kommune gerade solche Pfunde verlieren, würde dies die **Landflucht** – mit all ihren negativen Auswirkungen – nur weiter anfeuern. Große Sparpotentiale sind ohne gravierende Einschnitte in unser gesellschaftliches Miteinander unseres Erachtens ausgereizt.

Ähnliches gilt auch für den Kreis als Mitglied der kommunalen Familie. Sicherlich ist es fraglich, ob z.B. der Bau einer neuen KFZ-Zulassungsstelle notwendig ist oder dies im digitalen Zeitalter nicht auch anders oder dezentral in den Kommunen geregelt werden kann. Und sicherlich gibt es beim Kreis auch noch manch andere Einsparmöglichkeit. Aber **im Grundsatz ist auch die Landrätin am Finanzierungslimit angekommen**, denn auch der Kreis muss eine höhere Umlage an den Landschaftsverband (LWL) zahlen, [die z.B. darauf beruht, dass auf Grund des demographischen Wandels und des medizinischen Fortschritts die Eingliederungshilfen für Kinder und Erwachsene steigen.] Die Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund war grundsätzlich eine spürbare Entlastung, wenn sie nicht an anderer Stelle [Wohngelderstattungen an den Kreis] im Landeshaushalt hängen geblieben wären. Der Kreishaushalt hat ein Volumen von 360 Mio. Euro. Etwa 83 Mio. Euro werden alleine im Sozialbereich als Pflichtaufgaben veranschlagt. Lediglich **2,5 Mio. Euro, das sind ganze 0,7 %** des Gesamthaushaltes, sind laut Aussagen des Kreiskämmerers freiwillige Leistungen, die derzeit überhaupt beeinflussbar wären – und auch hier müsste erstmal diskutiert werden, ob diese Streichungen alle sinnvoll wären. Kurzum, große Verringerungen im Hinblick auf die Kreisumlage sind nicht zu erwarten.

Bleibt also **die Einnahmenseite, die es zu erhöhen gilt**. Hier kann eine Kommune ihre Finanzmittel im Großen und Ganzen lediglich durch die Gewerbesteuer, Grundsteuer, Gebühren und Schlüsselzuweisungen generieren.

Die **Finanzierungssäule "Gewerbesteuer"** bei uns in Wickede (Ruhr) ist schlicht weg ausgeschöpft. Auf Grund unserer Topographie haben wir in unserer kleinen Gemeinde gar keine Möglichkeit mehr, weitere Gewerbegebiete wirtschaftlich rentabel auszuweisen, um durch zusätzliche Unternehmen vermehrt Einnahmen zu generieren.

Durch die **„Grundsteuer“** finanzieren wir als Bürger und Steuerzahler gemeinsam die gesellschaftlichen Leistungen, die wir alle nutzen; jeder sicherlich in einem anderen Umfang.

Der eine geht ins Freibad, der andere leiht sich Bücher, wieder ein anderer nutzt die Sportstätten, viele genießen Erlebnisse im Bürgerhaus. Manche fahren mit ihrem Auto über die Straßen, wir alle profitieren vom Winterdienst, jeder braucht die Kanäle, einige bedürfen finanzieller Unterstützung durch Sozialleistungen, mancher Radwanderer hält wegen der Blumenpracht im Ortskern an und bummelt durch die Geschäfte. Dies seien ein paar Beispiele auf kommunaler Ebene. [Dass durch Steuern an den Bund z. B. auch die innere und äußere – also unser aller – Sicherheit finanziert wird, möchte ich hier nicht weiter beleuchten.] Steuern sind also ein **Mittel der Gemeindeverwaltung, die freiwilligen und die Pflichtausgaben für uns alle** zu bezahlen.

Eine kluge **Ansiedlungsförderung** ist für uns ein wichtiger Baustein. Wir investieren viel in eine gute Infrastruktur, z. B. aktuell in den Schulstandort oder den Internetausbau. Aber eine übermäßige Belastung der Bürger durch permanente Steuererhöhungen kann all unsere Anstrengungen negativ beeinflussen. Wir stehen im Wettbewerb mit anderen Kommunen. So mancher Häuslebauer aber auch so mancher Gewerbetreibender könnte sich bei extremen Steuersätzen für einen anderen Ort entscheiden. Die kurzfristigen Mehreinnahmen würden somit langfristig dann doch zu weniger Grund- und Gewerbesteuererinnahmen führen.

Und **dennoch zwingt uns das Land, die Grund- und Gewerbesteuern anzuheben**. Tun wir dies nämlich nicht, können wir das Ziel, 2017 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, nicht erfüllen. Und wenn wir dies nicht erreichen, spielen wir das Szenario doch mal durch, wird seitens der Bezirksregierung der Sparkommissar vorbei geschickt. Und dieser kann, ob es uns dann gefällt oder nicht, die Steuern eklatant erhöhen und drastische Sparmaßnahmen durchsetzen. Vom Schließen des Freibades, dem Streichen von Sport- und Vereinsfördermaßnahmen oder der Erhöhung von Nutzungsgebühren des Bürgerhauses ist quasi alles möglich – **ohne dass wir Wickeder noch einen Einfluss darauf haben**.

Um diese vollständige Abhängigkeit zu vermeiden müssten wir entsprechende Einschnitte jetzt vornehmen. Die Frage müsste sich **jeder Wickeder dann auch selbst stellen**: Auf was wäre ich bereit zu verzichten? Welche Einsparung würde dem gesellschaftlichen Zusammenleben schaden?

Dabei kostet z.B. das Bürgerhaus an jedem Tag 1.000 Euro oder das Freibad an jedem Öffnungstag 2.200 Euro. **Für die CDU-Fraktion ist der gesellschaftliche Zusammenhalt hier vor Ort wichtig**. Hierzu tragen die vielen Vereins- und Infrastrukturen bei. Aus diesem Grund sehen wir im Vergleich zum Streichen der freiwilligen Leistungen das kleinere Übel in der

**moderaten Erhöhung der Steuern.** Wir begrüßen hierbei das Zwei-Stufen-Konzept des Bürgermeisters für die Jahre 2017 und 2019, um zumindest eine gewisse Sozialverträglichkeit gewährleisten zu können.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass wir unser **Sparpotential aber auch unser Einnahmepotential über kommunale Steuern mittelfristig ausgereizt** haben. Bleibt nur noch die letzte Säule der kommunalen Finanzierungsmöglichkeit, nämlich die **„Schlüsselzuweisungen“**.

Hier ist nun das Land NRW gefordert, denn die **hiesigen Städte und Gemeinden sind strukturell unterfinanziert**. Die immer weiter steigenden Transferleistungen an den Kreis bzw. über diesen wieder an den Landschaftsverband usw. können die Kommunen auf Dauer nicht mehr stemmen. Die **Schlüsselzuweisungen reichen nicht aus bzw. neutralisieren sich** teilweise wieder auf Grund komplexer Rechenkonstrukte. Sie wissen es, ein hohes Steueraufkommen in einem Jahr kann weniger oder gar keine Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr zur Folge haben. [Herr Wiese hat genau dies im Hauptausschuss für die nächsten Jahre auch nochmal als wahrscheinlich unterstrichen.] Auch Mittel des Bundes kommen nicht ausreichend vor Ort an. Dies funktioniert in anderen Bundesländern wegen anderer Finanzierungsregelungen besser.

Es ist zudem schon eine **moralische Grenze erreicht**, wenn die rot-grüne Landesregierung verkündet, dass es den Haushalten in NRW stetig besser gehen würde. Schaut man sich die Statistiken der vergangenen Jahre an, dann sieht es tatsächlich so aus, als würden immer mehr Kommunen genehmigte oder gar ausgeglichene Haushalte vorlegen können. „Traue nie einer Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast,“ ein alter Spruch den sich scheinbar der SPD-Finanzminister auch zu Herzen genommen hat. Fakt ist nämlich, dass **nicht die Haushalte besser, sondern die Bedingungen einer strengen Haushaltsführung durch Rot-Grün gelockert wurden**, was dann zu dieser Augenwischerei führt. Scheinbar liegt der Landesregierung nicht daran, dass die kommunalen Haushalte gut dastehen, sondern eher sie selbst.

Der **Bund der Steuerzahler (BdSt) NRW** kommt zu dem gleichen Ergebnis. Er fordert Frau Kraft und ihre Minister auf, **die Kommunen an den gestiegenen Steuermehreinnahmen zu beteiligen** und die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden deutlich zu verbessern. Nur so könne vermieden werden, dass die Grundsteuern ständig anstiegen und Wohnen zum Luxusgut würde. Es wird vorgeschlagen, die **Verbundquote von 23 auf 25 Prozent** zu erhöhen. Diese Quote regelt, wie viel das Land aus seinen Steuereinnahmen für den kommunalen

Finanzausgleich zur Verfügung stellt. Würde sie erhöht, **profitierten davon alle Kommunen gleichermaßen** und das rot-grüne Gießkannenprinzip zu Lasten des ländlichen Raumes würde abgemildert. Mit welcher Begründung bekommt z. B. als Pro-Kopf-Zuweisung jeder Einwohner aus Bochum rund 750,00 Euro und ein Wickeder Bürger nur etwa 13,00 Euro. Ein ganz wichtiger Punkt ist zudem die strengere Beachtung des **Konnexitätsprinzips**, d.h. wer für gewisse Aufgaben verantwortlich ist, muss diese auch bezahlen. Als Negativ-Beispiel sei hier die Inklusionspolitik erwähnt, die den Kommunen von oben auferlegt, aber nicht ausreichend finanziert wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch kurz auf die Zuweisungen eingehen, die die Kommunen aufgrund der **aktuellen Flüchtlingszahlen** erhalten. Wir befinden uns in Wickede als ZUE-Standort-Kommune in der aus finanzieller Sicht erfreulichen Lage, Gelder zu bekommen, denen derzeit kaum Aufwendungen gegenüberstehen. Dennoch darf man sich **nicht dem Trugschluss hingeben, auf Dauer damit den Haushalt sanieren zu können**. Niemand von uns weiß, wie sich die Finanzierung der Flüchtlingsherausforderung entwickeln wird. Ich persönlich kann mir schwerlich vorstellen, dass andere Bürgermeister lange dabei zuschauen werden, wie ZUE-Kommunen die Gelder bekommen, die bei ihnen dringend zur Flüchtlingsbetreuung benötigt würden. Auch weiß heute niemand, welche Aufgaben auch wir zukünftig in dem Bereich zu tragen haben. Da wir zudem – wir haben es im Hauptausschuss vom Fachbereichsleiter gehört – nicht mal ansatzweise die Höhe der finanziellen Mittel prognostizieren können, warne ich davor, in diesem Punkt zu euphorisch sein und großspurig diese fallbezogenen Gelder einzuplanen.

Der BdSt – und das ist auch meine persönliche Meinung – sagt ganz klar, **dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ohne eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes aus dieser generellen, finanziellen Misere nicht mehr herauskommen**. Auch dass zum vorgelegten Haushaltsentwurf von allen hier im Rat vertretenen Fraktionen keine signifikanten Sparvorschläge eingereicht wurden, unterstreicht dies nochmal deutlich. Wir können sicherlich noch die ein oder andere kleine Stellschraube im Haushalt drehen aber der große Wurf, der eine deutliche Entlastung und auch wieder Spielräume zum politischen Gestalten hier vor Ort bringt, **kann nur noch, nein muss, die grundlegende Neustrukturierung der kommunalen Finanzierung auf Landesebene sein**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn aus meiner Sicht sicherlich viele Ursachen im Agieren der rot-grünen Landesregierung liegen, nehme ich dennoch ausdrücklich auch unsere CDU-Landtagsfraktion in die Pflicht, endlich eine grundlegende Bearbeitung dieses Themas zu

forcieren. Einen entsprechenden Brief habe ich bereits vor einigen Wochen an unseren **CDU-Landtagsabgeordneten Eckhard Uhlenberg** verfasst und ihm die äußerst kritische Lage nochmal deutlich gemacht. Ich bitte Sie nun alle, **auch Ihre Vertreter anzuschreiben**, um zum Wohle aller Bürger die notwendigen **Reformen auf Landesebene in die Wege zu leiten**.

Hier auf örtlicher Ebene werden wir als CDU-Fraktion unsere ganze Kraft daran setzen, in den uns gesetzten Rahmenbedingungen weiter für eine positive Zukunft unserer Heimat zu arbeiten, in der insbesondere der **gesellschaftliche Zusammenhalt einen hohen Stellenwert** hat und die **Menschen gut wohnen und arbeiten** können. Die Arbeitsgrundlage hierfür ist der Haushalt 2016. Wir danken der Verwaltung um Bürgermeister Michalzik und Kämmerer Wiese, im Rahmen der oben beschriebenen Situation, einen Haushaltsentwurf mit einer soliden Struktur vorgelegt zu haben. **Wir werden diesem, der Haushaltssatzung und dem Stellenplan zustimmen.**

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.